

Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 3 (1977)
Heft: 3

Artikel: Abendverkauf
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-358570>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bern

Emanzipationstheorien

Themen: Sexualität, Beruf, Familie, Ausbildung und Erziehung, Hausfrauen. Ab Freitag, den 22. April, alle 14 Tage, jeweils 20.00 Uhr im Volkshaus. Eintritt frei.

Schaffhausen

Abendverkauf

Gegen die Stimmen der POCH und SP wurde kürzlich im Schaffhauser Grossen Rat eine Motion Fuchs abgelehnt, die den Abendverkauf ein Ende gesetzt hätte. Der Bürgerblock verteidigte den Abendverkauf als begründswerte Unternehmer-Initiative und wehrte sich gegen die "Beschneidung der Handels- und Gewerbefreiheit". Gegen das Argument, der Abendverkauf belaste das ohnehin benötigte Verkaufspersonal, wandte ein Freisinniger mit unverhohler Arroganz ein, die Verkäuferinnen wüssten ja schon bei der Berufswahl, was sie erwarten.

Silvia Grossenbacher, Mitglied der SAFRA, unterstützte die Motion Fuchs und wies auf die Verschlechterungen im Verkaufsberuf hin. Sie verurteilte eine Gewerbe- und Handelsfreiheit, die sich zulasten des Verkaufspersonals auswirke. In der Abstimmung zeigte die Mehrheit im Grossen Rat, dass ihr die Unternehmerinteressen allemal am nächsten stehen.



Die letzte Tat der "Progressiven Frauen Schweiz" war die Einreichung der Krankenkassen-Petition. (Siehe Artikel "Skandalöser Sozialabbau")

FRAUENBERATUNGSSTELLEN

der SAFRA Basel, Hammerstrasse 133 Postfach 382, 4058 Basel geöffnet jeden Dienstag 15.30–20.30 h Tel. 061/32 11 56

INFRA Bern, Mühlmattstrasse 62, 3007 Bern, geöffnet Dienstags von 16.00–20.00 und Samstags von 14.00–17.00 Tel. 031/42 36 16

der SAFRA Luzern, Urania Haus, Friedensstrasse 2, 6000 Luzern geöffnet jeden Dienstag 17.30–19.30 Tel. 041/23 95 69

der SAFA Schaffhausen, Mühlentalstrasse 13, 8200 Schaffhausen, geöffnet jeden Dienstag 18.00–20.00 h Tel. 053/25 65 21

der SAFA Solothurn, E. Huber, Dierendingen, Tel. 065/42 36 93

INFRA Zürich, Lavaterstrasse 4, Zürich geöffnet jeden Dienstag 14.30–18.30 Tel. 01/25 81 30

Leserinnen schreiben

Nicht mehr viel Wert hat eine Hochschulabschluss besitzende Lehrerin (zwar gebrüüte Ausländerin), wenn sie beim Stellen suchen nur für die Küche oder für Bett taugt.

Vor ein paar Wochen offerierte ich meine Arbeitskraft in einer bernischen Zeitung. Mangels Erfahrung im Offertenwesen schrieb ich darin neben meinen Berufserkenntnissen auch das Angebot für "Arbeit irgendwelcher Art", dies natürlich in der Hoffnung, etwas der Ausbildung entsprechendes zu erhalten. Ich bekam fünf Angebote. Der erste Mann telefonierte fast sofort nachdem die Zeitung erschien war: er offerierte Bettabenteuer, das heisst er wollte mir schlafen. Fast sofort nach dem süßen Anfang wurde mir eine Stelle als Küchenhilfe angeboten bei einer Arbeitszeit von 47 Stunden pro Woche für einen Nettolohn von 1100 Franken. Außerdem hätte ich als Ersatzmutter arbeiten können. Diese Arbeit schien mit jedoch nicht passend, da ich selber Mutter einer 1-jährigen Tochter bin, die in die Krippe hätte bringen sollen. Zur Osterhasenverkäuferin hätte ich auch getaugt, aber diese Stelle war nur für 2–4 Wochen und erst noch halbtags, was mir bei meiner finanziellen Situation auch nicht genug geholfen hätte.

Die Spitze der Angebote war eine Stelle als Masseuse in irgendeinem unbekannten Lokal in Berns Altstadt. Für diese Beschäftigung hätte man keine besondere Ausbildung gebraucht, da es laut Arbeitgeber von selber geht, wenn die Masseuse ausgesogenen die Geschlechts-teile der männlichen Kunden massiert. Wie süß und lohnend: in dieser Stelle hätte ich bis 200–300 Franken im Tag verdient!

In dieser Situation kann man natürlich den viel benötigten Begriff Rezession als Grund bezeichnen, oder auch die Antipatie gegenüber einer Ausländerin, aber es ist doch nicht im Grund genommen die allgemeine Diskriminierung und Unterschätzung der Frau im Arbeitsmarkt?

Anita Steinmann-Laako

Internationales

Diskriminierung der weiblichen Angestellten wirft das weibliche Personal der UNO Generalsekretär Waldheim an einer Grosskundgebung in New York vor: von den 6'000 bei der UNO beschäftigten Frauen sei keine einzige in leitender Position.

In der Bundesrepublik Deutschland fordert Irmgard Sauer, 75 (!), Bauernfrau, Vorsitzende der "Gemeinschaft der Witwen" und der "Deutschen Frauenbewegung" die 100%ige Witwenrente. Bisher müssen die Frauen im Todesfall ihrer Gatten mit einer 60%igen Rente auskommen, während den Witwen selbstverständlich eine 100%ige Rente ausbezahlt wird.

In Lateinamerika werden Proteste laut: Weshalb soll das soziale Elend ausgekennzeichnet mittels Geburtenkontrolle (durch nordamerikanische Entwicklungshelfer!) bekämpft werden, wenn es doch eine Frage der Verteilung und der wirtschaftlichen Macht ist?

Besser als Sterilisierung von Frauen wäre eine systematische Aufklärung und die unendgültige Abgabe von Verhütungsmittel. Zur Aufklärung gehört auch die Bekämpfung des Machismo (Männlichkeitsskult, zu dem auch gehört, möglichst viele Kinder zu erzeugen) und die Bewusstmachung der Frauen, dass Kindergebären nicht ihre einzige Bestimmung ist.

An der Philosophischen Fakultät der Uni Rom wurde unter der Leitung der Dozentin für Kulturanthropologie, Frau Ida Magli, ein Zentrum gegründet, das sich zum Ziel setzt, die Forschung auf dem Gebiet der Geschichte und Kulturgeschichte der Frauen in allen Gesellschaftsformationen zu fördern, die Kenntnisse über die Lehre der Geschichte der Frau in verschiedenen Disziplinen zu verbreiten und interdisziplinäre Seminare und Lehrveranstaltungen zu organisieren. Unter anderem hat das Zentrum auch vor internationale Veranstaltungen zu organisieren, eine Bibliothek mit Spezialbüchern zu Anthropologie und Geschichte der Frauen einzurichten und "Hefte der Anthropologie und Kulturgeschichte der Frau" herauszugeben.

r.s., Rom

«Aber einmal platzt eben der Kragen...»

"Ich habe keine Angst vor dem Tod, aber ich fürchte das Leben, das noch vor mir liegt", rief plötzlich während der AHV-Debatte im Nationalrat eine Rentnerin von der Zuschauertribüne hinunter und schwang ein Bein über die Brüstung, mit der Drohung, sofort in den Saal zu springen, falls man sie nicht reden lasse.

Die invalide Frau S. hatte schon letztes Jahr vor dem Bundeshaus demonstriert und die Benachteiligung der alleinstehenden Frau in der AHV angeklagt. Was sie will, ist nicht Mitleid oder Publicität, sondern "nur eine gerechte AHV für meine Mitschwestern und mich".

"Ich frage Sie", wandte sie sich an die Nationalräte, "sind Invalide und ledige Frauen keine Personen, sind sie nur Kreaturen, die nich zählen? Wir müssen

zwar AHV-Beiträge bezahlen, auch Hin-

terbliebene versichern, obwohl es nie

welche gibt, ja sogar von der IV werden

uns Beiträge abgeknöpft, aber an Rente

bekommen wir weniger als andere, die

überhaupt nichts einbezahlt haben.

Die ist eine Schande für unser Land!" Und weiter: "Sagen Sie nicht, es sei

kein Geld vorhanden, es ist genug Geld

da, es wird nur schlecht verteilt (...)

Muss die Finanzknappheit unbedingt

von den Schwächeren getragen werden?" Die Verzweiflung und der Mut von Frau S. löste grossen Tumult aus, nach wenigen Sekunden war die Sicherheitspolizei da und zerrte sie von der Tribüne weg. "Man hätte sie wenigstens ausreden lassen sollen", sagten die Zuschauer. Aber eben: "Da unten sitzen keine kommenden Mindestrentner", sagte Frau S.



Skandalöser Sozialabbau

Immer noch müssen Frauen die gynäkologischen Vorsorgeuntersuchungen selber bezahlen. Im letzten November haben die Spitzerverände der Krankenkassen und Ärzte eine Empfehlung verabschiedet, dass in den Kantonen Tarife zwischen 50 und 60 Franken ausgehandelt werden sollen, wovon die Krankenkassen 40 Franken zu übernehmen hätten. Aber dieser Vorschlag ist noch nicht in Realität umgesetzt. Denn die kantonalen Ärzteschaften torpedieren ihn schlichtweg. Warum? Sie fürchten, bei einer tariflichen Bindung weniger Profite aus den Vorsorgeuntersuchungen herauszuschlagen zu können.



Die Bezahlung der gynäkologischen Vorsorgeuntersuchungen durch die Kassen ist der erste Punkt der Petition, die die PFS noch vor der Gründung der SAFRA einreichten. Mit genau 14 605 Unterschriften!

Die Petition verlangt weiterhin die Verwirklichung des Grundsatzes

"Gleiche Prämien für Mann und Frau". Diese Forderung ist besonders wichtig. Die Frauen sollen nicht die Opfer der Sparübungen des Bundes bei den Krankenkassen werden!

Wie wichtig es ist, dass sich die Frauen mit allen fortschrittlichen

Kräften gegen jeden Abbau bei den Krankenkassen wehren, wurde in den letzten Wochen deutlich. Angeführt vom freisinnigen Nationalrat Otto Fischer, haben 50 Nationalräte verlangt, der Bund solle die Subventionen an die Krankenkassen sofort ganz massiv zurück schrauben. Beschllossen wurde dann (gegen die Stimmen der Linken), die Bundesbeiträge zu "plafonieren", d.h. sie nicht entsprechend der Teuerung zu erhöhen. Skandalös ist dieser Entscheid, wurden doch die Subventionen bereits um 10% gekürzt. Alles in allem spart der Bund 1978: 150 Mio

und 1979: 260 Mio Franken. Das bedeutet nichts anderes als massive Prämien erhöhungen. Angesichts der "Kostenexplosion" im Gesundheitswesen ist eine auch nur halbwegs soziale Krankenversicherung ernsthaft gefährdet. Die Krankenkassenmitglieder, die jetzt schon rund 70% der Ausgaben tragen müssen, (unsoziale Prämien, Franchisen, Selbstbehalt), werden noch mehr zur Kasse gebeten. Bezeichnenderweise fand sich im Nationalrat dagegen keine Mehrheit für den Vorschlag, auch die Militärausbaben zu plafonieren. KB

Wie vor 100 Jahren

Patriarchalische Willkürherrschaft prägt den Alltag in der Zifferblattfabrik Robert Giavarini in Pruntrut. Zustände, wie sie nicht untypisch sind für einen Betrieb in einer Randregion, wo die Arbeiter kaum andere Verdienstmöglichkeiten haben, und in einem Betrieb, dessen Belegschaft fast ausschliesslich aus Frauen besteht. Hier brachte es der Patron fertig, dass in einer Betriebsversammlung die fristlose Entlassung einer Kollegin gefordert wurde. Welches sind die Hintergründe?

Klima der Angst und Einschüchterung herrscht. Die vielen Tabletensenschachtern in den Abfallen sprechen Bände!

Widerstand

Letztes Jahr entliess Giavarini einen Arbeiter fristlos und ohne Entschädigung, weil dieser auf der Toilette gerachtet hatte. Der betroffene Arbeiter setzte sich allerdings zur Wehr und erreichte vor dem Arbeitsgericht seine Wiedereinstellung.

Als ob er sich für seine Niederlage rächen wollte, entliess Giavarini nur 6 Tage später die Frau des eben wieder eingestellten Arbeiters; sie hatte 12 Jahre in diesem Betrieb gearbeitet. Der Anlass? Sie hatte mit Kolleginnen nicht bewilligte betriebsinterne Versammlungen und Sitzungen ausserhalb (!) der Fabrik abgehalten, wo die Missstände am Arbeitsplatz besprochen wurden.

Nun begannen auch die Gewerkschaften SMUV und CMV zu handeln. Das sah Giavarini nun gar nicht gern. Er verbot sofort jede Diskussion über die Arbeitsbedingungen in seinem Betrieb und drohte mit Entlassungen. Außerdem begann er, die Arbeiterinnen gegeneinander aufzuwiegeln.

Jämmerliches Schauspiel

Ein jämmerliches Schauspiel bot die Versammlung eines Teils der

Belegschaft, die mit dem Wohlwollen Giavarinis, im Fabrikgebäude stattfand. Die beteiligten mittleren Kader und Arbeiter forderten zwar die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiterin, dafür die Entlassung von 4 Personen, die sich aktiv für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen eingesetzt hatten, insbesondere den Herauschnitt von Frau S., die angeblich "jedermann zur Revolte gegen unseren Patron, gegen das Unternehmen im Allgemeinen, gegen die die ganze Gesellschaft in unserem Land" aufwiegle. Frau S. hatte als aktive Gewerkschafterin die Arbeitsbedingungen und das repressive Klima bei Giavarini bekämpft. Sie hatte geholfen, Versammlungen zu organisieren, sie hatte gleichen Lohn für gleiche Arbeit gefordert und Unterschriften für die Wiedereinstellung der entlassenen Kollegin gesammelt. Für die Wiedereinstellung von Frau S. hat sich jetzt ein lokales Unterstützungsamt gebildet. Einige Zugeständnisse musste Giavarini inzwischen an die Arbeiterinnen und Arbeiter machen. Sein Betrieb wurde endlich dem Gesamtarbeitsvertrag unterstellt, es wurden einige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erreicht. Für die Arbeiterinnen und die Gewerkschaften bleibt aber noch viel zu tun!

KB

Kurz und wichtig

DEMAGOGISCH!

Herr Schwarzenbach war es, der im Nationalrat demagogisch unter dem Motto "Gleichstellung der Frau" eine Heraussetzung des AHV-Alters für Frauen auf 65 Jahre forderte. (Derweilen die Initiative zur Herabsetzung des AHV-Alters für Männer auf 60 und Frauen auf 58 zur Diskussion steht!) Wann setzte sich Schwarzenbach für die Gleichstellung der Frau ein, dort wo sie wirklich diskriminiert ist? Die gleiche Frage stellen wir auch allen, die die Heraufsetzung des für die Ehepaarettrenglichen Frauenalters von 60 auf 62 Jahre (bei der Zusatzrente von 45 auf 55 Jahre) unterstützen.

ALIMENTENEINTRIEBUNG

In Lausanne wurde eine Vereinigung alleinstehender Mütter gegründet. Der Kanton Waadt soll 1978 eine staatliche Stelle für Alimenteneintreibung erhalten.